

Pressemitteilung der Fraktion „Zukunftsfähige Stadt“

Hoffnung-Innenstadt: Chancen nutzen, offene Fragen klären

Der Stadtrat hat in seiner jüngsten Sitzung die Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen zum Vorentwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Hoffnung-Innenstadt“ beschlossen.

Als Fraktion „Zukunftsfähige Stadt“ unterstützen wir grundsätzlich das Ziel, die Glauchauer Innenstadt durch die Ansiedlung neuer Geschäfte attraktiver zu gestalten und als zentralen Versorgungsbereich zu stärken. Aus diesem Grund haben wir die bisherigen Beschlüsse zum Projekt „Hoffnung-Innenstadt“ stets mitgetragen. Die geplante Ansiedlung von zwei Lebensmittelmärkten sowie eines Drogeriemarktes bietet die Chance, die Nahversorgung zu verbessern und zusätzliche Kaufkraft in die Innenstadt zu holen.

Positiv bewerten wir, dass im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung zahlreiche Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange ihre Hinweise, Anregungen und Bedenken eingebracht haben. Von den angeschriebenen Stellen haben 23 geantwortet und damit wichtige Impulse für die weitere Planung geliefert. Diese fachlichen Stellungnahmen können nun in die nächste Planungsphase einfließen und dazu beitragen, das Vorhaben weiter zu verbessern.

Trotz unserer grundsätzlichen Unterstützung sehen wir jedoch weiterhin Klärungsbedarf hinsichtlich der Verkehrsanbindung. Aus unserer Sicht sind diese zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht ausreichend beantwortet. Insbesondere erwarten wir eine belastbare Lösung für die Anlieferung der geplanten Märkte. Erfahrungsgemäß erfolgen Belieferungen häufig in den frühen Morgenstunden oder sogar nachts. Dies könnte für die Anwohnerinnen und Anwohner eine erhebliche zusätzliche Lärmbelastung bedeuten.

Kritisch sehen wir zudem den geplanten Wegfall der Querverbindung zwischen der Professor-Dr.-Hüttel-Straße und der Hoffnung. Für viele Bürgerinnen und Bürger würde dies längere Wege und Umfahrungen zur Folge haben. Die Auswirkungen auf den innerstädtischen Verkehr müssen deshalb sorgfältig geprüft und nachvollziehbar dargestellt werden.

Überrascht hat uns daher, dass aus der Bevölkerung keinerlei Stellungnahmen eingegangen sind. Gerade die Anwohnerinnen und Anwohner der Innenstadt werden die Auswirkungen des Projekts unmittelbar spüren. Umso bemerkenswerter ist, dass die Beteiligungsmöglichkeiten offenbar nicht genutzt wurden. Die Gründe dafür sind für uns derzeit nicht ersichtlich. Ob die Beteiligungsangebote nicht ausreichend bekannt waren oder ob bewusst auf Stellungnahmen verzichtet wurde, lässt sich aus den vorliegenden Unterlagen nicht erkennen. Diese Frage sollte im weiteren Verfahren näher betrachtet werden, denn eine breite Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ist für die Akzeptanz des städtebaulichen Vorhabens von großer Bedeutung.

Insbesondere weil die Verkehrsproblematik bislang nicht gelöst ist, konnten wir dem Beschluss nicht zustimmen. Eine zukunftsfähige Innenstadtentwicklung darf nicht zulasten der Erreichbarkeit, der Verkehrsqualität und der Lebensqualität der Anwohnerinnen und Anwohner erfolgen. Deshalb erwarten wir, dass diese Fragen vor den nächsten Verfahrensschritten belastbar beantwortet werden.